



Kulturpolitik nach der Corona-Pandemie

Über falsche Hoffnungen und echte Befürchtungen

Ein Essay von Michael Wimmer

Es versteht sich fast von selbst, dass in einer gefährdeten Situation für den Kulturbetrieb zuallererst ermutigende Stellungnahmen erwartet werden. Diese werden die affirmative Diskussion wohl auch weiterhin dominieren. Als mögliche Diskussionsanregung sei mir – aus spezifisch österreichischer Sicht – dennoch gestattet, einige kritische Anmerkungen hinzuzufügen.

Innerhalb weniger Tage ist es zu einer völligen Schließung des physischen Kulturbetriebs gekommen. Während der Handel mit Waren des täglichen Bedarfs weiter seinen Geschäften nachgehen darf, wurde das »Lebensmittel Kultur« (Hermann Glaser) auf unbestimmte Zeit völlig aus dem Verkehr gezogen. Seither klagen Künstler*innen um ihre Existenzgrundlagen in Form eines zahlenden Publikums, die staatliche Kulturpolitik springt mit Hilfsprogrammen ein und macht doch einmal mehr die Nachrangigkeit des gemeinnützigen Sektors klar. Seine Vertreter*innen müssen sich – als am ehesten entbehrlich angesehen – in der langen Schlange der potenziellen Nutznießer*innen ganz hinten anstellen. In der Zwischenzeit sind weite Teile des Kulturbetriebs völlig von betriebswirtschaftlichen Fragen dominiert; der Bedarf an ökonomisch existenzsichernden Maßnahmen lässt eine stärker inhaltlich gerichtete Zukunftsdiskussion in den Einrichtungen nicht zu.

Aus der Sicht eines potenziellen Publikums sind mir keine nennenswerten Unmutsäußerungen über die Schließungen bekannt. Selbst an Kultur Interessierte kämpfen zur Zeit vor allem um die Aufrechterhaltung ihrer »Heimschule« mit digitalen Mitteln, die allen Beteiligten viel abverlangt. Dazu kommen rasant wachsende Arbeitslosenzahlen vor allem aus dem Dienstleistungssektor. Allein die bislang undenkbaren Größenordnungen bei den Betroffenen erschüttern die Existenzgrundlagen eines beträchtlichen Teils der Gesellschaft ganz unmittelbar. Vergleichsweise glimpflich kommen die Beschäftigten der großen staatlichen Kultureinrichtungen weg, sie bleiben im Rahmen von staatlichen Kurzarbeitsprogrammen weitgehend unbeschadet.

All das ereignet sich vor dem Hintergrund eines rasanten Bedeutungsverlusts des Kulturbetriebs nicht erst seit dem März dieses Jahres. Das hat mit der ökonomischen Durchdringung aller Lebensbereiche zu tun, der den Wert auch kultureller

Hervorbringungen vorrangig im Spannungsverhältnis von Angebot und Nachfrage misst. Die einzigen, denen es gelungen ist, in breiteren Kreisen der Bevölkerung noch Kultur als gesellschaftspolitischen Wert zu verhandeln, das waren zuletzt die Rechtspopulisten. In ihrem erfolgreichen Kampf um kulturelle Hegemonie gelang es ihnen gegen alle Beschwörungen einer auf Integration gerichteten Kultur, immer tiefere Gräben ins gesellschaftliche Gefüge zu graben.

Wer jetzt angesichts der Krise noch einmal Hoffnungen aufkommen lässt, das Kulturangebot ließe sich als ein Beruhigungsangebot für Verunsicherte verkaufen, der missversteht die Logik einer Unterhaltungsindustrie, die jede kulturelle Hervorbringung zu einem Kurz-Zeit-Event transformiert. Das kann im Moment von der Dramatik der Lage ablenken. Darauf zu bauen, dass dieses bei Menschen, die gerade ihre Jobs verloren haben, die nicht wissen, was sie mit ihren Kindern zu Hause anfangen sollen und denen die Decke auf den Kopf fällt, weil sie nicht ins Freie dürfen, nachhaltig positive Wirkungen haben würde, halte ich für wirklichkeitsfremd.

Um den Verlust des Publikums auszugleichen, haben sich viele kulturelle Aktivitäten ins Netz verlagert. Einzelne Künstler*innen ebenso wie große Kulturtanker präsentieren sich dort ebenso kostenschonend wie mit unbestimmter ästhetischer Ambition. Nach dem ersten Schock hat sich auf den diversen Kulturportalen ein befremdlicher Optimismus breitgemacht, dessen Emanationen von sich behaupten, per se in eine lichte Zukunft zu weisen. Vergleichsweise unterbelichtet bleibt dabei die Erwartung, dass Kultureinrichtungen nach der Krise nicht nur mit beträchtlichen wirtschaftlichen Schäden (inklusive dem Verlust an erfahrenem Personal) werden umgehen müssen. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass mit der kollektiven Einübung in den Live-Stream-Modus auch viele Nutzer*innen nicht mehr zurückkommen werden, weil sie die Vorteile eines telekommunikativen Kulturangebotes zu nutzen gelernt haben und also nicht mehr missen wollen.

Vor einem solchen Hintergrund halte ich öffentliche Behauptungen, ausgerechnet der Kulturbetrieb sei prädestiniert, herausragende Antworten für die Zeit nach der Krise zu geben, für nachgerade fahrlässig. Es ist bereits heute abzusehen, dass sich im Zuge der Aufräumarbeiten die sozialen Konflikte noch einmal vehement zuspitzen werden. Mit der erwartbaren Fortsetzung einer Politik der besonderen Schonung der »Erfolgreichen« werden einmal mehr die Schwächsten in der Gesellschaft die größten Kosten tragen. Vielleicht hilft da die Erinnerung an den britischen Kultursoziologen, der bereits vor mehr als 50 Jahren gemeint hatte »Cultural Policy is a Permanent Battle-Field«. Und also wird auch der Kulturbetrieb, der in all den Jahren eines scheinbar alternativlosen neoliberalen Regimes wesentlich an Widerstandskraft eingebüßt hat, um den Preis seines eigenen Fortbestandes nicht umhinkommen, Partei zu ergreifen.

Dafür ist er freilich nach all den Jahren der Beharrung äußerst schlecht gerüstet. Immerhin finden sich ausgerechnet im Kulturbereich die Widersprüche, die auch den großen Rest der Gesellschaft charakterisieren, in besonderer Radikalität. Kaum ein anderer gesellschaftlicher Bereich leistet sich – kulturpolitisch weitgehend unwidersprochen, weil mit dem Anspruch künstlerischer Autonomie legitimiert – noch ein derartiges Ausmaß an sozialer Ungleichheit: Frei nach dem Motto »The Winner Takes it All« stehen wenige Hochprivilegierte den vielen in äußerst prekären Arbeits- und Produktionsverhältnissen gegenüber (jährliches Durchschnittseinkommen aus künstlerischer Tätigkeit in Österreich: 5.000.--); ungebrochen

diktatorische Machtansprüche der künstlerischen Leitungen verhindern jede Mitgestaltung potentieller Nutzer*innen; Frauen klagen ungebrochen über männliche Diskriminierung und die ökologischen Auswirkungen des Betriebs sind weiterhin desaströs (Tournée-Wesen!). Dazu kommt der Einsatz staatlicher Mittel nach all den Jahren einer »Neuen Kulturpolitik« nach wie vor vorrangig dem kulturellen Konsumverhalten eines wohlhabenden Mittelstands zugute, während sich all diejenigen, die nicht nicht erst in der aktuellen Krise einen täglichen Kampf ums Überleben führen müssen, erst gar nicht angesprochen fühlen.

Vielleicht sollte also der Kulturbetrieb zuerst bei sich selbst beginnen und versuchen, diese Widersprüche in nachhaltiger Weise aufzulösen. Damit beispielgebend würde er wohl den eminentesten Beitrag für eine »nachhaltig wirksame Kulturpolitik nach der Corona-Krise« leisten.

PD Dr. Michael Wimmer, Wien

Privatdozent, Vortragender, Moderator, Autor und Herausgeber von bildungs- und kulturpolitischen Texten, Berater von Kunst, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Vorstandsvorsitzender von EDUCULT.

<http://michael-wimmer.at/blog/>